

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1934

38 (24.1.1934) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2.90 RM im Voraus, im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 2.50 RM. Durch die Post bez. (einmal täglich) monatlich 2.10 RM zuzügl. 42 Pf. Postgeb. Einzelpreise: Werbungsnummer 10 Pf. Sonntagsnummer u. Feiertagsnummer 15 Pf. Am Post höherer Gewalt, Streik, Ausperrung usw. hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den Monats-Beitrag angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 22 mm breite Mittelzeile 10 Pf. Stellen-Gesuche und Anzeigen, Familien- und einseitige Gelegenheits-Anzeigen von Privatien ermäßigter Preis. Die 36 mm breite Mittelzeile im Zertitel 70 Pf. Bei Anzeigenschaltung nach Absatz 1, der bei Nichterhaltung des Platzes, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konturufen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Badens große Heimatzeitung

Karlsruhe, Mittwoch, den 24. Januar 1934.

Eigentum und Verlag von
Ferdinand Heitzgerger
Hauptverleger: Adolf Kimmig.
Stellvertreter: Max Schäfer.
Redaktions- und Verlagsamt: für Auslandspolitik: Rob. Graf; für die Badische Chronik: Selma Meißner; für die Badische Zeitung: Ewald Meißner; für Kommunal- und Wirtschaftsfragen: Karl Winter; für Politik, Wissenschaft und Unterhaltung: Max Schäfer; für den Sonderdruck: Fritz Meißner; für die Anzeigen: Ewald Meißner; alle in Karlsruhe.
Berliner Schriftleitung: Dr. Kurt Weiger.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße Nr. 80a. — Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8339. — Beilagen: Welt und Heimat / Buch- und Nation / Film und Kunst / Roman-Blatt / Deutsche Jugend / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Reise- und Wäber-Zeitung / Landwirtschaft, Gartenbau / Karlsruher Zeitung. Zweimal. Ausg. 16 500. Einmal. Ausg. 19 500.
Gesamt-D. N. XL 33: 36 000.

Aenderung der französischen Taktik:

Abbruch des Meinungs-austausches mit Berlin?

Befestigenbleiben weitgehender und grundsätzlicher Gegensätze in der Abrüstungsfrage. / Fühlungnahme Paris-Wien.

Einheit der deutschen Studentenschaft — Bedeutungsvolle Betriebseröffnung in Weinheim.

T. Paris, 23. Jan. (Eigener Drahtbericht der Bad. Presse.) Wie steht zur Stunde Frankreich in der Abrüstungsfrage? Offiziell erhält man die Antwort, daß noch vor Monatsende der französische Ministerrat eine endgültige Stellungnahme zum letzten deutschen Memorandum fassen wird. Man verweist darauf, daß die in der deutschen Note enthaltenen technischen Fragen augenblicklich in den zuständigen Ressorts der Ministerien für nationale Verteidigung geprüft werden. Man vertritt an den gleichen Stellen jedoch nicht die Vermutung, daß die in der deutschen Note enthaltenen Vorschläge endgültig abgelehnt werden. Die Reserve, die deshalb das offizielle Frankreich in der letzten deutschen Note gegenüber gesetzt hat, ist, wie wir an wohlunterrichteter Stelle erfahren konnten, heute schon nahe daran, eine grundsätzliche Wenderung der französischen Taktik zu bewirken.

Nach unseren Informationen scheint der Quai d'Orsay sich tatsächlich mit dem Beschluß zu beschäftigen, die Methode des vorbereitenden Meinungs-austausches zwischen Paris und Berlin als ergebnislos abzubrechen.

Zur Rechtfertigung dieser Stellungnahme erklärt man, daß der bisherige Verlauf der direkten Aussprache zwar die beiderseitigen guten Absichten bewiesen habe, daß aber nach wie vor weitgehende und grundsätzliche Gegensätze in den beiderseitigen Anschauungen bestehen bleiben. Es sei deshalb, so wird erklärt, sehr fraglich, ob die französische Regierung in Ermangelung jeder Einigungsaussicht die bisherige Verhandlungsform aufrecht erhalten wird, bezw. sich in eine Auseinandersetzung über die durch die letzte deutsche Note berührten technischen Fragen überhaupt einlassen wird. Falls der Ministerrat zu diesem Beschluß kommen sollte, nehmen wir auf Grund unserer Informationen an, daß die französische Regierung das am 10. Februar in London zusammengetretene kleine Büro der Abrüstungskonferenz offiziell davon in Kenntnis setzen wird, daß die zweifelhafte Verhandlungsform zwischen Paris und Berlin nicht das erhoffte Ergebnis gezeitigt haben.

Die gesamte weitere Haltung Frankreichs wird dann allein dadurch bestimmt werden, ob sich die Nachricht eines grundsätzlichen neuen englischen Abrüstungsvorschlages bewahrheitet.

Parallel mit einer Umgruppierung der französischen Haltung in der Abrüstungsfrage macht sich in Paris unverkennbar auch eine Bewegung zum aktiven Eingreifen in die österreichische Frage bemerkbar. Wir haben Anlaß zu der Annahme, daß diesbezüglich bereits eine direkte Fühlungnahme zwischen Paris und Wien besteht.

Wie bereits mehrfach berichtet, hofft der Quai d'Orsay die Stunde allmählich für gekommen, die österreichische Frage als großen aktiven Posten in die französisch-italienische Zukunft einbauen zu können. Der Quai d'Orsay scheint die Möglichkeit einer Belan-gung des Völkerbundes mit der österreichischen Frage auch grundsätzlicher zu begrüßen und auch fördernd vorzubereiten. Man hat dabei offenbar die Absicht, die ganze Frage auf den alten tschechischen Plan einer internationalen Garantieung der Neutralität Österreichs hinzutreiben.

Die Bemühungen Englands.

S. London, 23. Jan. (Eigener Drahtbericht der Badischen Presse.) Das Foreign Office hat am heutigen Dienstag eine merkwürdige halbamtliche Verlautbarung herausgegeben. Die Antwort der Reichsregierung auf die britische Rückfrage in der Abrüstungsfrage, so heißt es darin, enthalte einen klaren Hinweis darauf, daß Deutschland die englische Vorschläge über die nun zweimäßigen Schritte begrüßen würde. Diese Mitteilung ist die einzige offizielle Äußerung über den Inhalt der deutschen Note. Sie dient offensichtlich dem Zweck, ein stärkeres Hervortreten Englands im Rahmen der diplomatischen Aussprache vorzubereiten, indem sie betont, daß eine solche Initiative von deutscher Seite ausdrücklich gewünscht worden ist. Daß der hiermit angekündigte englische Schritt schon in den nächsten Tagen erfolgen wird, nimmt man in unterrichteten Kreisen jedoch nicht an, da ihm ein sorgfältiges Studium der deutschen Antwort durch alle einschlägigen britischen Amtsstellen vorangehen muß.

Neue Unruhen in Paris.

Reißkonzert in der Kammer / Verirrte Polizei gegen Demonstranten.

Paris, 23. Jan. Die Kammer, die in ihrer Vormittags-sitzung den Gesetzentwurf zum Schutze des Spartakapitals verabschiedet hat, nahm nachmittags den Haushalt der Strafanklagen in Angriff. Der Abgeordnete Henriot unternahm einen neuen Vorstoß gegen die Regierung wegen des Stavisky-Standals. Als Henriot die Rednertribüne betrat, bemüht sich das Haus eine gemaltige Erregung. Es ertönten laute Rufe und Zeichen. Henriot kündigte an, daß er neue bestehende Schriftstücke beantragen werde, daraufhin wurde ihm von den Bänken der Radikalsozialisten zugerufen: „Wieviel bezahlt man Ihnen?“ Das war das Signal für ein Reißkonzert auf den Bänken der

Rechten. Gleichzeitig stimmten die Kommunisten die Internationalen an. Der Lärm wurde schließlich so groß, daß der stellvertretende Kammerpräsident die Sitzung aufhob.

Sämtliche Zuschauertribünen wurden geräumt. Dem Ministerpräsidenten warf Henriot u. a. vor, daß Chaunteps 1932 der Rechtsbeistand des Generals Verbir de Fonton gewesen sei, der dem Verwaltungsrat eines Stavisky-Unternehmens angehört habe. Henriot behauptete weiter, daß der Name des Justizministers Kappaldy in den Aktenstücken einer Stavisky-Affäre stehe. Die Gerichtsverfahren hielten, weil Eingriffe aus dem Parlament oder aus den Regierungskreisen den Gang der Rechtsprechung verfalligten.

Diese Bemerkung veranlaßte dann, wie oben gemeldet, den radikalsozialistischen Abgeordneten Bouesse zu dem Zwischenruf: „Wieviel bezahlt man Ihnen?“ In dem Lärm, den dieser Zwischenruf auslöste, rief Bouesse dem Abg. Henriot weiter zu: „Ich erwarte Ihre Kartellträger!“

Nach Wiederaufnahme der durch Lärmigen unterbrochenen Kammer-sitzung setzte Henriot seine Angriffe gegen die Regierung fort. Im Verlaufe seiner Ausführungen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem ehemaligen Ministerpräsidenten Henriot und dem früheren Handelsminister Rollin sowie zu häufigen lärmenden Kundgebungen von recht und links. Als Ministerpräsident Chaunteps die Tribüne bestieg, um auf die Angriffe Henriots zu antworten, mußte er sich ebenfalls ständig Unterbrechungen gefallen lassen. Von rechts wurde immer wieder in den allgemeinen Lärm hineingerufen: „Untersuchungsausschuß, Untersuchungsausschuß!“

Der Ministerpräsident wies die von Henriot vorgebrachten Beschuldigungen als unzutreffend zurück und vermahnte sich dagegen, daß der Stavisky-Standal systematisch zu Angriffen gegen die Regierung mißbraucht werde.

Schließlich schritt die Kammer zur Abstimmung über die Rückverweisung eines Kapitels des zur Aussprache stehenden Justizhaushaltes, gegen die der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte, um sofort das Mehrheitsverhältnis in der Kammer zu klären. Mit 367 gegen 201 Stimmen trat die Kammer für den Antrag der Regierung gegen die Rückverweisung ein und sprach ihr somit das Vertrauen aus.

Die Kundgebungen in der Nähe des Kammergebäudes haben am Dienstagabend, wie zu erwarten, wieder eingesetzt. Zur Einleitung explodierten einige Knallbomben.

Die Gde Boulevard St. Germain und Boulevard Raspail war vor allem wieder der Schauplatz lärmender Kundgebungen, an denen sich viele Tausende von Menschen unter Führung der Action Française beteiligten. Die Gegend bildet den gleichen Anblick wie Montag: Umgeworfene Straßenbänke, herausgerissene Baumstümpfe, Polizeikolonnen, die überall gegen die Demonstranten vorrücken. Nur insofern hat sich das Bild verändert, als diesmal auch berittene Polizei eingesetzt wurde, die in die Menschenmenge hineinritt, wenn sie sich nicht auf die erste Aufforderung hin zurückzog. Von überall her ertönten Rufe, Pfeife und Gesang. Aus vielen Fenstern wurden Knallbomben gegen die anreitenden Polizisten geworfen. Auch Wasser wurde aus den verschiedenartigen Gefäßen aus den Fenstern gegossen. An der Kirche St. Germain kam es zu einer erheblichen Schlägerei zwischen der Polizei und den Kundgebern. Dort waren Baumstümpfe auf die Schienen der Strassenbahn geworfen worden, so daß blaue Sitzflammen aufschlugen.

Erste Sanktionen in der Stavisky-Affäre.

Die vom Ministerpräsidenten Chaunteps im Zusammenhang mit der Affäre Stavisky ergriffenen ersten Sanktionen sind die folgenden: Polizeikommissar Bayard und Polizeikommissar Bonny wurden ihrer Posten enthoben, während Polizeikommissar Gibert in Bayonne veretzt werden soll. Polizeikommissar Montabré von der Sicherheitspolizei und Kommissar Améline von der Justizabteilung der Polizeipräfektur haben schriftliche Erklärungen über mehrere in den Berichten der Untersuchungsorgane enthaltene Punkte abzugeben, während der Fall des Kommissars Dennett vom Kontrollident der Untersuchungsbehörden später zur Behandlung kommen

Kabinetts-umbildung in Spanien.

Madrid, 23. Jan. Der spanische Innenminister Ric Abello ist von seinem Posten zurückgetreten.

Durch den Rücktritt der Innenministers Abello ist eine Teil-umbildung des Kabinetts eingeleitet worden. Abello hat bei den letzten Wahlen kein Mandat erhalten. Nur aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit war er bis jetzt im Amt geblieben. Es verlautet, daß Leizaola heute abend dem Staatspräsidenten folgende Lösung der Teilriele vorschlagen wird: zum Innenminister wird der bisherige Kriegsminister Martinez Sal-zios ernannt. An seine Stelle tritt der Abgeordnete der Radikalen Partei Diego Hidalgo. Der bisherige Innenminister Ric Abello wird Oberkommissar in Spanisch-Marokko. Hinsichtlich des

Außenministers Riba Romero ist noch keine Entscheidung gefallen. Jedoch steht fest, daß für ihn das Einverständnis als Botschafter am Vatikan eingeholt worden ist. Die Uebernahme dieses Postens ist nur eine Zeitfrage. Dann würde Verroux selbst das Außenministerium mit übernehmen.

Der bevorstehenden Ernennung des jetzigen Außenministers zum Botschafter beim Vatikan kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie seit dem Sturz der Monarchie im April 1931 den ersten Schritt zu einer Wiederaufnahme normaler Beziehungen Spaniens mit dem Vatikan darstellt. Wie verlautet, wird der Botschafter zunächst nur die Herstellung eines modus vivendi in Rom zu betreiben haben. Hinsichtlich eines späteren Konkordatsabchlusses bleiben die Bedingungen des Vatikans abzuwarten.

Die Einheit der Studentenschaft

Unterstellung aller Verbände unter den Reichsführer Dr. Stäbel.

DDSt. Der Reichsführer der Deutschen Studentenschaft und des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes hat am 20. Januar 1934 folgende Verfügung erlassen:

„Um die restlos geschlossene Führung der gesamten deutschen Studentenschaft im Sinne des Führers und der nationalsozialistischen Bewegung zu gewährleisten, um jegliche Möglichkeit einer überholten Verbändepolitik von vornherein auszuschließen, und um der Studentenschaft endlich die notwendige Einheitliche straffe Gliederung zu geben, verfüge ich als Führer der Deutschen Studentenschaft auf Grund der mir vom Herrn Reichsminister des Innern übertragenen Vollmachten:

Sämtliche studentischen Verbände sind mit sofortiger Wirkung mir unterstellt. Die Leiter der Verbände werden von mir befristet und abberufen.

Der Aufbau der Deutschen Studentenschaft ist damit ein in sich geschlossener. Die örtlichen Korporationen als die Einzelzellen der studentischen Lebensgemeinschaft sind dem Führer der örtlichen Studentenschaft in allen politischen und hochschulpolitischen Fragen unterstellt. Dieser untersteht dem Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, der seinerseits dem Reichsführer der Deutschen Studentenschaft allein verantwortlich ist. Die Verbände als solche sind zukünftig nur für rein interne Korporationsfragen, die sie in ihrem Einvernehmen mit der Führung der Deutschen Studentenschaft zu lösen haben. Die gesamte politische Schulung steht unter der Aufsicht der Deutschen Studentenschaft und wird nach deren Anordnungen durchgeführt.

Erst durch diese zentrale, straffe Führung sämtlicher Gliederungen der Deutschen Studentenschaft ist Gewähr gegeben, daß wir dem Führer in entschlossener, zielbewusster Aufbauarbeit die nationalsozialistische deutsche Studentenschaft melden können, die er in seinem Kampf um die innere Erneuerung des Reiches braucht.

Der Reichsführer NSDStB und DSt. dr. Dr. Stäbel, Stundartenführer.

Diese Entscheidung wird in allen Kreisen der Deutschen Studentenschaft freudig begrüßt, denn sie ist für die Entwicklung der Studentenschaft von großer Bedeutung, da hier unter alle Zerrissenheit und Eigenbrötelei endgültig ein Strich gemacht wird. Gleichzeitig ist damit die letzte der Vorbedingungen, die die großen Aufgaben der Deutschen Studentenschaft erfordern, erfüllt.

USA anerkennt neue Cubaregierung.

(:) Washington, 23. Jan. Präsident Roosevelt hat den amerikanischen Geschäftsträger in Havanna angewiesen, der kubanischen Regierung mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten die Regierung des neuen Präsidenten Wendetia anerkennen und daß der bisherige persönliche Vertreter Roosevelts in Havanna, der frühere Unterstaatssekretär Caffery, demnächst mit einem Beglaubigungsschreiben als Botschafter versehen werden würde. Die übrigen amerikanischen Republiken werden die Anerkennung ebenfalls in Kürze aussprechen.

folll. Der Leiter der gerichtspolizeilichen Abteilung der Sicher-

Alexandre, der Lehrmeister Staviskys.

Parlamentarier, Richter und Offiziere als Opfer. Paris, 23. Jan. Der neue Betrugsstandal, der zur Verhaftung

inzwischen verstorbener ehemaliger Finanzminister, mehrere Abge-

Die Bilanz der Opfer Alexandres ist erschreckend. Nicht weniger

Was steht im Arbeitsgesetz?

§ Berlin, 23. Jan. Aus dem Inhalt des Gesetzes zur Ord-

Das Amt des Vertrauensrates beginnt nach der regelmäßig am

Der zweite Abschnitt des Gesetzes, der die Funktionen der

Über die Zusammenlegung des vom Treuhänder der Arbeit

In den Vorschriften über die Betriebsordnung und die Tarif-

Aus den Schluss- und Uebergangsvorschriften des

Inkrafttreten einer Betriebsordnung gilt die bisherige Arbeits-

Lügen über Heß.

München, 23. Jan. Die Adjutantur des Stellvertreters des

Diese Meldung entspricht in allen Punkten nicht den Tats-

KPD-Waffenlager ausgehoben.

§ Eutin, 23. Jan. Wie die Pressestelle des Oldenburger Lan-

Deutscher Schiffeleiter in Memel bestraft.

DNB Memel, 23. Jan. Der Kommandant des Memelgebiets

Schwabe notgelandet.

Berlin, 23. Jan. Der auf einem Kapstadt-Flug befindliche deutsche

Hedwig Seyl gestorben.

Berlin, 23. Jan. Am Dienstag vormitt. starb hier — über 80jährig —



Deutscher Fischdampfer auf Grund.

O Hammerfest, 23. Jan. Ein deutscher Fischdampfer, dessen

5 Kinder mit dem Hammer niedergeschlagen.

Brüssel, 23. Jan. Ein schreckliches Familien drama hat sich in der

12 Tote der Dynamit-Explosion.

Buenos Aires, 23. Jan. Die Explosion eines Dynamitlagers

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Intranatl.)

Mittwoch den 24. Januar.

Stadttheater: Opern- und Konzerte (Max-Reger-Festabend), 20-22 Uhr.
Festhalle: 4 Sinfoniekonzert (Max-Reger-Festabend), 20-22 Uhr.
Kollodium: Internationale Kinamärie, 20.30 Uhr.
Vielzwecktheater:
Kammer-Spieltheater: Zauber-Gal. 8. 5. 7. 8.45 Uhr.
Kammer-Spieltheater: Seile lieben meine Väter, 4. 6.15. 8.30 Uhr.
Kammer-Spieltheater: Großfürstin Alexandra, 4. 6.15. 8.30 Uhr.
Kammer-Spieltheater: Mädel von heute, 4. 6.15. 8.30 Uhr.
Kammer-Spieltheater: Der Spuk von Paris, 4. 6.15. 8.30 Uhr.
Kammer-Spieltheater: Abel mit der Wunderharmonika, 5 und 8.30 Uhr.
Kammer-Spieltheater: Sondereinführung für die Jugend, 3 Uhr.
Kammer-Spieltheater: Dorothea, Clara Duwan.
Sinfoniekonzerte:
Geographische Gesellschaft: Vortrag Dr. E. S. S. Clark, Als Beduine
unter Beduinen im Arabien der Ebn. Pöschke, 20.30 Uhr.
Sinfoniekonzerte:
Kaffee-Konzert: Choralabend mit Japan; Gesellschafts-Tanz,
20.30 Uhr.
Kaffee-Konzert: Tanz-Abend mit Musikinstrumenten.
Kaffee-Konzert: Kapellenabend mit Tanz.
Kaffee-Konzert: Holland: Tanz-See, 18 Uhr.
Kaffee-Konzert: Kapellenabend.
Wiener Hof: Wiener Fama-Musik.

Katarrh? Krügerol Bonbons
dann KAU Krügerol m. grün. Streifen
Ne kann nur im Original-Behälter

Gesundheitswissenschaftliche Ausstellung

in der Badischen Landesbibliothek.

Daß die seit einigen Monaten von der Landesbibliothek ver-

Wie immer fast auf allen Gebieten menschlicher Forschung und

Das 16. Jahrhundert sah auch die ersten Bemühungen um die

Das 16. Jahrhundert sah auch die ersten Bemühungen um die

von Laurentius Fries (1532): daneben finden wir belehrende

Am 17. Jahrhundert ist der Tiroler Arzt Guarinoni wichtig

Das 18. Jahrhundert brachte als weiteren Fortschritt die me-

Drittes Sinfoniekonzert in Baden-Baden.

Leitung: Kapellmeister Herbert Albert.

Das dritte Sinfoniekonzert des Städtischen Orchesters Ba-

Kapellmeister Herbert Albert hatte als Solist das

zu einer Gesetzgebung über die wichtigsten Fragen der medizinischen

So bietet die Ausstellung der Landesbibliothek einen gedräng-

Das dritte Sinfoniekonzert des Städtischen Orchesters Ba-

geschrieben wurden. Er konnte eine sehr geläufige manuelle

Großartig war die Wiedergabe der vierten Sinfonie

Ha.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 24. Januar 1934.

Die Neuorganisation des deutschen Rundfunks

Nach kurzen Begrüßungsworten des Pressesprechers Moraller gab der Geschäftsführer der Reichsrundfunkkommission...

Herr Werber wies sodann auf das heute noch bestehende Verhältnis zwischen der Einwohner- und Hörerzahl...

Bau der Kirchweg-Unterführung in Knielingen

Im Zuge der Vorarbeiten zum Mazauer Brückenbau wurden neben dem Reichsbahn-Neubauamt in Karlsruhe die Arbeiten für den Bau der Kirchweg-Unterführung...

Auch die privaten Flaggen sind geschützt.

Die Patentflagge ist neben der Flagge Schwarz-weiß-rot eine Flagge des Deutschen Reiches. Beide sind mit dem Siegel der nationalsozialistischen Revolution...

Fahrlässige Brandstiftung.

Das Schöffengericht Karlsruhe verurteilte den 27 Jahre alten verheirateten Expedienten D. Sch. von Mörch wegen fahrlässiger Brandstiftung zu drei Monaten Gefängnis...

In den Kammerlichtspielen gelangt zur Zeit der Nationalfilm 'Liger-Haie' zur Ausführung. Was dieser aufsehenerregende Film schildert, ist die Tragödie eines Thunfischers...

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle: Sebastian Roth, 90 Jahre alt, Oberfeuerleitender Wirt. Beerdtung: 24. Januar, 14.30 Uhr...

Errichtung eines Schlageter-Denkmal in Karlsruhe.

Se 100 RM: Nähmaschinenfabrik Karlsruhe AG, vorm. Gatz u. Neu, Plattenstr. 11, 20 RM...

Wichtige Bauprojekte der Stadt Karlsruhe.

Errichtung eines Delbeckens im Rheinhafen. — Bebauung des alten Bahnhofplatzes. — Sanierung der Altstadt.

Die auf Dienstag 16 Uhr einberufene Versammlung des Karlsruher Bürgerausschusses wurde von dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Jäger, eröffnet.

In der Begründung dieser Vorlage wies Bürgermeister Dr. Friebolin darauf hin, daß sich die Stadtverwaltung Karlsruhe bewußt sei, daß die Errichtung eines Delbeckens eine finanzielle Belastung sei.

Die Stadt habe dem Projekt um so freudiger zugestimmt, als sie vom Reich dazu einen verlorenen Zuschuß von 250 000 Mark erhalten und weiter 43 000 Mark in Form von Bedarfsbedarfscheinen...

Es werden nur freiwillige Arbeiter verwendet, die sich mit den Vorkarrieren zufrieden geben müßten. Dazu bekommt allerdings jeder Arbeiter einen Zuschlag von 50 Pfg. pro Tag...

Nach Empfehlung der Vorlage durch den Obmann des Stadtverordnetenverbandes Kulmann begrüßte Stadtverordneter Werner den Optimismus der Stadtverwaltung.

Die Stadtverwaltung hat die Vorlage durch den Obmann des Stadtverordnetenverbandes Kulmann begrüßt. Stadtverordneter Werner den Optimismus der Stadtverwaltung.

Bürgermeister Dr. Friebolin tritt den geäußerten Bedenken energisch entgegen. Es sei selbstverständlich, daß die Stadtverwaltung das für und Wider ernstlich geprüft und bei allen maßgebenden Firmen Erkundigungen eingeholt habe.

Die Sitzung fand ihren würdigen Abschluß durch ein von Stadtrat Worch ausgebrachtes Siegel auf den Reichsfanzler, Volk, Vaterland und die Stadt Karlsruhe.

Karlsruher Rheinhafen notleidet. Karlsruhe werde immer, wenn neue Häfen am Oberrhein entstehen würden, ein wichtiger Umschlaghafen bleiben. Die Stadtverwaltung habe übrigens Maßnahmen...

Nach persönlichen Bemerkungen der Stadtverordneten Dr. Frank und Werner, die betonen, daß es ihnen fernliege, gelegen habe, die Maßnahmen der Stadtverwaltung zu kritisieren...

Die Änderung der Schlicht- und Viehhofgebühren gab Bürgermeister Dr. Friebolin Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß diese Änderungen notwendig seien, durch reichsrechtliche Vorschriften...

Es handelt sich dabei, wie wir schon ausführlich mitgeteilt haben, um die Bebauung des östlichen Teiles des alten Bahnhofgeländes durch den Mieter- und Bauverein.

Stadtrat Worch empfiehlt ebenfalls die Vorlage zur Annahme mit dem Hinweis, daß es dringend notwendig sei, endlich einmal mit der Ueberbauung des alten Bahnhofgeländes zu beginnen.

Stadtrat Worch empfand die Vorlage zur Annahme mit dem Hinweis, daß es dringend notwendig sei, endlich einmal mit der Ueberbauung des alten Bahnhofgeländes zu beginnen.

Die Sitzung fand ihren würdigen Abschluß durch ein von Stadtrat Worch ausgebrachtes Siegel auf den Reichsfanzler, Volk, Vaterland und die Stadt Karlsruhe.

Die Sitzung fand ihren würdigen Abschluß durch ein von Stadtrat Worch ausgebrachtes Siegel auf den Reichsfanzler, Volk, Vaterland und die Stadt Karlsruhe.



Postcheckkonto: Karlsruhe 22100 Girokonto bei der St. Sparkasse K'he. N° 8100, Bad. Bank - Karlsruhe, sowie alle übrigen Banken, Postanstalten, Reichsbahnschafter und Zeitungen.

Bekanntmachung der NSDAP. Wir weisen wiederholt darauf hin, daß laut Verfügung der Reichsleitung der NSDAP für sämtliche Veranstaltungen zu Gunsten des Winterhilfswerks mindestens 60 Prozent der Brutto-Einnahmen an das Winterhilfswerk abgeführt werden müssen.

Bekanntmachung des Winterhilfswerkes, Ortsgruppe Karlsruhe. Eine Sonderverteilung von Lebensmitteln an Gruppe A und B findet am Donnerstag, den 25. Januar 1934 in den bekannten Verteilungsorten statt.

Winterhilfswerk Ortsgruppe Karlsruhe.

An die Inhaber der Holzscheine. An alle Inhaber der Holzscheine, die den Sten Holz im Harzwald noch nicht abgeholt haben, ergeht die Aufforderung, daselbst bis Donnerstag in Empfang zu nehmen.

Winterhilfswerk, Ortsgruppe Karlsruhe.

Plakat-Anschläge. Der Verberater der Deutschen Wirtschaft hat, wie schon gemeldet, in der zweiten Bekanntmachung vom 1. November 1933 den Willen Plakatanschlag verboten.

Trotz der unmissverständlichen Fassung dieser Bestimmung sind bei vielen Geschäftsinhabern Zweifel darüber entstanden, ob die Plakate, die die NS-Volkswohlfahrt im Rahmen der bevölkerungspolitischen Aufrüstungsaktion an Schaufenstern, Verkehrsmitteleinrichtungen und Haustüren aushängen läßt, weiterhin gestattet sind.

Bon anderer Seite werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß sich das Verbot des wilden Plakatanstreiches nur erstreckt auf die Werbung durch Papieranschlag, nicht dagegen auf Email-Klebeplakate.

Rud. Dietrich Ecker Kaiser- und Herrenstr. bekannt für feine Anzüge für Straße u. Gesellschaft

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Wirtschaftliche Bauernziele. / Entkapitalisierung des Kapitals.

Der Weimarer Reichsbauernrat, der zum ersten Mal die Vertretung des über alle Grenzen hinweg geschlossenen deutschen Bauerniums im Reich und Boden zusammenfaßt, hat sich in dieser Hinsicht von früheren landwirtschaftlichen Tagungen unterschieden. Das wesentlichste Merkmal ist wohl die Behandlung der Wirtschaftspragen als eine zweitrangige Angelegenheit gewesen. Bisher hatten die Preisfragen und die Rentabilitätsfragen bei allen landwirtschaftlichen Erörterungen der letzten Jahrzehnte im Mittelpunkt gestanden. In Weimar sind diese Dinge aber erörtert, aber doch nur als Mittel zum Zweck, als Ergebnis der im übrigen politisch gestimmten Entwicklung.

Agarpolitik hat einen neuen Sinn bekommen. Agrarpolitik ist in erster Linie eine Frage politischer Verpflichtung aus zweitausendjähriger deutscher Geschichte für die Volkserneuerung auf weitere Tausende von Jahren gemordet. Darin hat mit seiner zweifelhafte den grundlegenden historischen Begründung für den bauerlichen Anspruch und die bäuerliche Pflichterfüllung in dem Bauernrecht gegeben, als das Dritte Reich von Adolf Hitler bezeichnet worden ist.

Darum sind die wirtschaftlichen Erörterungen in Weimar nicht minder bedeutungsvoll gewesen. Die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen nationalsozialistischer Bauernpolitik läuft auf eine Formulierung hinaus, die als Gegenstück zu sich erhebt und die doch durchaus real verstanden sein will. Dieser letzte Schlußstein zum Neubau der Bauernpolitik heißt: Entkapitalisierung des Kapitals.

Der Weg dahin ist mit dem Reichsnährstand-Gesetz, dem Gesetz zur Neuordnung der Mühlenwirtschaft und mit dem Reichserbhofgesetz vorgezeichnet. Dieser Weg hat gerade eine Woche vor dem Reichsbauernrat noch einmal die ausdrückliche Befähigung durch die gleichzeitige Eröffnung Darres zum Reichsbauernführer durch den Reichsanwalt erhalten. Wie durchaus gegen-

sätzlich die in Weimar gezeichneten Linien sind, kann man ermessen, wenn man sich darüber klar ist, daß nach der gezielten Formierung bei dem heute noch nicht vollendeten Aufbau des Reichsnährstandes rund die Hälfte der Reichsbevölkerung wirtschaftlich und damit letztlich Endes auch finanzpolitisch eingegliedert sein wird. Der erste Schritt zum Endziel ist die Entkapitalisierung der Bauernwirtschaft. Mit dem Erbhofgesetz sind sie aus den Schuldverflechtungen herausgehoben. Darüber hinaus handelt es sich in einem Zuge mit der zweifelhafte Gestaltung der Grundbesitzverteilung nicht nur um eine Umwälzung, sondern um eine Entschuldung der Landwirtschaft. In der wirtschaftlichen Tagesarbeit hat das Nährstandgesetz die Voraussetzungen für eine Wartordnung geschaffen, die bei allen Bodenergebnissen vom Erzeuger über Handel und Verarbeitungsindustrie bis zur letzten Ausmündungsstelle an den Verbrauch geht.

In einzelnen großen Beispielen, insbesondere für die Milchwirtschaft, ist der Rahmen für die Durchführung bereits fertig. Damit kann in dem unmittelbar vom Bauern bestimmten Wirtschaftsbereich für eine gerechte Entlohnung der Arbeit und für eine gerechte Preisbildung gesorgt werden. Ist so die Kaufkraft auch der Verbraucher stabilisiert, so sind alle Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch die ausgeproben Stadtwirtschaft auf sicherer Abfuß und Preisgrundlage arbeiten kann. Damit ist von der wirtschaftlichen Seite der gleichzeitig auch noch politisch geführte Angriff auf die Jinsindwirtschaft in seinem Erfolg gesichert. Gemäß dieser hier noch viele andere Gesichtspunkte eine Rolle, die nicht unmittelbar aus dem bäuerlichen Bereich gelöst werden können. Aber das Bauerntum steht dazu bereit, mit der Entkapitalisierung des Kapitals, mit seiner Einordnung in den Dienst nationalsozialistischer Pflichterfüllung, den obersten wirtschaftlichen Programmpunkt der NSDAP einzulösen: Bredung der Jinsindwirtschaft. F.M.

Deutschland und Polen. / Die Wirtschaftsverständigung vor ihrem Abschluß.

Der Abschluß eines deutsch-polnischen Protokolls über die Erleichterung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs steht nicht bevor. Es gilt nur noch auf einem Teilgebiet, nämlich dem der Schiffahrt, zu einer Einigung zu gelangen. Bei dem Protokoll handelt es sich nicht um die Schaffung eines neuen Handelsvertrages, sondern um den Abbau des ausgeprägten Kampfszustandes zwischen beiden Ländern, der nun schon fast 9 Jahre andauert. Mit anderen Worten: es soll eine Lockerung und Aufhebung der zahlreichen polnischen Einfuhrverbote bei gleichzeitig Aufhebung der polnischen Höchstzulasse auf deutsche Waren auf der einen Seite und ein entsprechender Abbau von Höchstzulassen des deutschen Obergrenzen stattfinden. Der polnische Zolltarif, der am 11. Oktober v. J. in Kraft getreten ist, besetzte einen großen Teil der eingeführten deutschen Waren mit Höchstzulassen, die rund 200 Prozent höher sind als die Grundzulasse der Spalte II. Es wurde aber zwischen Deutschland und Polen vereinbart, daß zunächst bis zum 31. Oktober v. J. eine Verschärfung des Warenaustrahes nicht vorgenommen werden sollte. Diese Vereinbarung ist bis jetzt verlängert worden.

Schon im vergangenen Jahre trat eine Entspannung in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ein, und zwar durch den Abschluß einiger Spezialabkommens, in vor allem des Holzabkommens und des am 25. November v. J. unterzeichneten deutsch-polnischen Roggenabkommens. Das Roggenabkommen, das bis zum 31. Juli 1934 läuft, hat eine Stabilisierung der Exportpreise für diese Brotgetreidefrucht zum Gegenstand. Kontingente sind im Gegenzug zu früher nicht festgesetzt worden; auch wurde auf die Sichtung eines Zentralbüros verzichtet. Außerdem schloß man ein Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr.

Selbstverständlich werden sich die Angelegenheiten, die Deutschland Polen gewährt, im Rahmen der deutschen Wirtschaftspolitik und vor allem einer agrarpolitischen Gesamthaltung bewegen. Durch die Neuregelung in der Butterwirtschaft wird es wahrscheinlich möglich sein, Polen ein etwas erhöhtes Butterkontingent einzuräumen (für Januar betrug es 150 Tonnen). Für die deutsche Ausfuhr werden sich durch den Abbau einer Reihe von Einfuhrverboten und aus Zollrückstellungen Verbesserungen ergeben. Von dem Abkommen würden weitere Teile der deutschen Fertigwarenindustrie, z. B. das chemische Gewerbe, die Maschinenindustrie, die Eisen- und Stahlgewerbeindustrie u. a. m., profitieren. Man darf allerdings die Möglichkeit einer Ausweitung des deutsch-polnischen Handels auf Grund der benötigten Abmachungen nicht überschätzen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß bei dem auch künftig bestehenden vertraglosen Zustand der Handelsverkehr stark gesteigert werden kann. Da in den letzten Jahren die Struktur der deutschen und auch der polnischen Wirtschaft eine grundlegende Aenderung erfährt, ist im Außenhandel Grenzen gezogen. Auch der künftige Außenhandel mit Polen wird nicht annähernd wieder die frühere Höhe erreichen können. Noch im ersten Halbjahr 1933 betrug die deutsche Ausfuhr nach Polen 196 Mill. RM, die Einfuhr 142 Mill. RM. In den folgenden Monaten lief der Handel auf einen winzigen Bruchteil dieser Summe zu sammenschrumpft, und zwar stellte sich die deutsche Ausfuhr nach Polen im ersten Halbjahr 1933 auf 28,5, die Einfuhr auf 24,1 Mill. RM. Immerhin liegt Deutschland auch mit dieser geringen Summe an der Spitze der polnischen Gesamteinfuhr, während es in der polnischen Ausfuhr von England überflügelt wurde.

Polen hat es dringend nötig, seine Ausfuhr auch nach Deutschland zu heben, weil seine Einfuhr bereits bis auf die unterste Grenze gedroht worden ist. Der Aktivasaldo der polnischen Handelsbilanz ist deshalb ständig zurückgegangen. Während er 1930 die Ausfuhr Polens höher lag als die Einfuhr und 1931 sogar ein Aktivasaldo von 400 Mill. Zloty erzielt werden konnte, der im Jahre 1932 auf 218 Mill. Zloty sank, stellte sich die polnische Einfuhr in der Zeit vom Januar bis Oktober 1933 auf 699,6, die Ausfuhr auf 774,7 Mill. Zloty, so daß der Ueberfuß nur noch rund 75 Mill. Zloty betrug. Polen ist deshalb daran gegangen, mit einer großen Anzahl von Ländern seine handelspolitischen Verhältnisse auf der Basis des neuen Zolltarifs zu regeln und hat entsprechende Abmachungen mit Belgien, Holland, der Schweiz, Oesterreich usw. getroffen. Neben der Annäherung an Sowjetrußland und Deutschland bleibt es das ernsteste Problem der Handelspolitik Polens, seine Beziehungen zu Frankreich zu ordnen. Bei den Verhandlungen mit den Franzosen steht man auf neuen Schwierigkeiten, da Frankreich auf seinen hohen Tarifüberschuß gegenüber Polen nicht verzichten will. Auch mit Italien steht eine Einigung noch aus. Der Abschluß eines deutsch-polnischen Luftverkehr-Abkommens vorausgegangen ist, wird, wie zu erhoffen steht, auch zu einer Vereinigung der politischen Atmosphären führen.

Glanstoff stellt das neue Gewebe her.

Wir berichteten bereits über die Einführung eines neuen Stoffes aus Baum und Laubholz zur Anfertigung von Sommeranzügen für Herren. Wie uns von Verwaltungsstelle der Reichsinstitut für Textilindustrie mitgeteilt wird, hat die Gesellschaft in Gemeinshaft mit hiesigen Unternehmern der chemischen Textilindustrie (Grafisch Textilwerke AG, Hermannsdorfer Maschinenfabrik AG, und H. Winkel AG) erfolgreiche Versuche zur Herstellung eines neuen Textilwerkstoffes unternommen. Es handelt sich dabei um einen der zahlreichen Versuche, neue Ab-

machungen zu schaffen, um einen Verlußt, über dessen künftige Bedeutung sich kein abschließendes Urteil noch nicht abgeben läßt. Die neue Textilart soll durch Verwendung von Nadeln mit Kunstharz gewonnen werden. Die chemische Industrie verfährt sich von einer Durchführungsphase neuer Verfahren eine merkliche Belebung und eine Umwälzung der Verhältnisse, den heimischen Maschinenbau und damit die Verwendung heimischer Holzstoffe wieder fester zu fördern.

Besserung bei Harpen.

Dormund, 23. Jan. (Grafischer Bericht.) In der 908. der 908. der Harpen... In der 908. der 908. der Harpen... In der 908. der 908. der Harpen...

Abendzettel still.

Frankfurt, 23. Jan. (Telegraphischer Bericht.) Auch die Abendbörse lag... Infolge des Auswärtigen Handels... Infolge des Auswärtigen Handels... Infolge des Auswärtigen Handels...

Schlachtvieh- und Nutzviehmärkte. Karlsruhe, 23. Jan. (Telegraphischer Bericht.) Der Schlachtviehmarkt... In der Schlachtviehmarkt... In der Schlachtviehmarkt...

Metalle. Berlin, 23. Jan. (Telegraphischer Bericht.) Metallmarkierungen Kupfer... Januar und Februar 41.50, März 41.50, April 41.50, Mai 41.50, Juni 41.50, Juli 41.50, August 41.50, September 41.50, Oktober 41.50, November 41.50, Dezember 41.50...

Handelsabkommen Deutschland-Chile.

DNB, Berlin, 23. Jan. Am 22. Januar 1934 ist vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem chilenischen Konsul in Berlin ein vorläufiges Abkommen über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Chile unterzeichnet worden. Das Abkommen, das in den nächsten Tagen im Reichsanzeiger veröffentlicht wird, regelt die Handels- und Zahlungsbeziehungen zwischen den beiden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung. In dem Abkommen sind außerdem Vereinbarungen über die Ausfüllung der in Chile eingeführten deutschen Handelswaren aus dem Handelsverkehr getroffen. Die Ausfüllung dieser Handelswaren erfolgt in der Hauptsache durch die Einräumung von Einfuhrkontingenten für Chile aus dem deutschen Handelsverkehr.

Die Eingliederung der Genossenschaften.

Der Reichsernährungsminister hat eine amte Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes erlassen. Während die erste Durchführungsverordnung die Verhältnisse der Abteilungen I und II des Reichsnährstandes, also des landwirtschaftlichen Sektors, betraf, so regelt die zweite die Verhältnisse des Bereiches der Genossenschaften und der Reichsverbände der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften mit dem Reichsnährstand. Die Durchführungsverordnung enthält die Bestimmungen, die die Genossenschaften in dem Reichsnährstand einbringen sollen. Sie regelt die Eintragung der Genossenschaften in den Reichsnährstand und die Eintragung der Reichsverbände in den Reichsnährstand. Die Durchführungsverordnung enthält auch die Bestimmungen, die die Genossenschaften in dem Reichsnährstand einbringen sollen. Sie regelt die Eintragung der Genossenschaften in den Reichsnährstand und die Eintragung der Reichsverbände in den Reichsnährstand.

1000 Neueinstellungen bei Opel.

Seit Montag hat die volle Produktion für die neuen Opelwagen begonnen, wodurch die mit 1000 Mann über den Winter ausgehaltene Belegschaft erweitert wurde. Die bisher verfügbare Arbeitskraft wird für die gesamte Belegschaft auf fast 7000 Mann in der Flint-Tag-Werkstätte erweitert. Von nächster Woche an soll die Arbeit noch weiter erhöht werden.

Tabak.

In Köln fand eine Tabakverkaufsauction der Tabake des dortigen Gebietes sowie der Wiener Gebiete, veranstaltet vom Landesverband für Tabakbauern, statt. Ausgegeben wurden etwa 28000 kg Tabak. Die Preise lagen im allgemeinen bei 40 bis 60 Pfund. Die Preise lagen im allgemeinen bei 40 bis 60 Pfund. Die Preise lagen im allgemeinen bei 40 bis 60 Pfund. Die Preise lagen im allgemeinen bei 40 bis 60 Pfund.

Erweiterung des Ausnahmefahrts. Mit Gültigkeit vom 11. Januar 1934 werden in den Ausnahmefahrtsfahrplänen die Schnellzüge die Kalsterbahn und die Worms-Direktlinie als Emplanasbäume aufgenommen.

Londoner Goldpreis. Der Londoner Goldpreis betrug am 23. Januar 1934 für ein Gramm feingold 2,7068 RM.

Frankfurter Häuteauktion.

Frankfurt, 23. Jan. (Telegraphischer Bericht.) Für die Frankfurter Häuteauktion und Ungeord-Bestelle wurden folgende Preise erzielt (in %): Rindhäute: Rote ohne Kopf, 80-90 Pfund, 42,25 bis 50,50; 50-60 Pfund, 40 bis 40,75; 60-70 Pfund, 41 bis 44,50; 80 bis 90 Pfund, 41,50-45,50. ... (weitere Preise) ...

9% Dividende bei Südd. Zucker.

Der Rat der Südd. Zucker-A.G. in Mannheim hat am Dienstag beschlossen, der G.W. am 29. Januar für das am 31. August 1933 beendete Geschäftsjahr vorzuschlagen, aus dem Reingewinn von 5 008 409 RM., wie wir schon ankündigten, eine Dividende von 9 v. H. zu verteilen und den um 211 247 RM. auf 2 308 409 RM. erhöhten auf neue Rechnung vorzutragen. Ferner wird der G.W. vorgeschlagen, das Geschäftsjahr auf die Zeit vom 1. März bis Ende Februar zu verlegen.

Berlin-Karlshäuser Industriewerk AG., Berlin. Das Interesse, das sich für die Aktien der Gesellschaft in den letzten Tagen an der Berliner Börse gezeigt hat, wurde mit Dividendenerwartungen begründet. Nach Informationen des I.D. wird das Unternehmen infolge guter Auslandsverkäufe in der Lage sein, für 1933 die Dividendenzahlung wieder anzunehmen.

Eisenbahn-Werke Brauerei A.G. Worms. Der Rat beschloß für 1933/33 (Bilanzstichtag 30. September) nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen (im Vorjahr 292 602 RM. Abschreibungen) eine erhöhte Dividende von 4 (5) v. H. auf 6,5 Mill. RM. Stammkapital vorzuschlagen. Der Zeitpunkt der G.W. wird noch festgelegt.

Teilweise Dividendenerklärungen im Einzelhandels-Restaurant. Laut D.D. wird der auf den 13. Februar einberufenen G.W. der Einzelhandels-Restaurant AG. (Kaufhaus) eine Teildividendenerklärung von 8 auf 2 Prozent vorgeschlagen. Die Einzelhandels-Restaurant AG. (Kaufhaus) wird demnach 8 Prozent der Teildividende erhalten werden, der zur Innern Stärkung der Gesellschaft verwendet. Dagegen wird es bei der Einzelhandels-Restaurant AG. (Kaufhaus) nicht möglich sein, die Dividende von 8 Prozent aufrecht zu erhalten.

Internationale Maschinen- und Elektrogeräteeisen AG., Ganda u. d. W. Die Gesellschaft (Kapital 5000 RM.) hat am 11. Dezember 1933 einen Bericht über den Geschäftsjahr 1932/33 vorgelegt. Die Einzelhandels-Restaurant AG. (Kaufhaus) wird demnach 8 Prozent der Teildividende erhalten werden, der zur Innern Stärkung der Gesellschaft verwendet. Dagegen wird es bei der Einzelhandels-Restaurant AG. (Kaufhaus) nicht möglich sein, die Dividende von 8 Prozent aufrecht zu erhalten.

